



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Nr. 04/Dezember 2022

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Ausgeben und Sparen

Finanz- und Energiepolitik im Fokus

2023
Der Haushalt
liegt vor

1992
30 Jahre nach den
Morden von Mölln

2022
Die Zitate
des Jahres

03 Meldungen

Ausgeben und Sparen

05 Klima-Anpassungsstrategie, weiterer Nachtragshaushalt

06 Ukraine-Notkredit wird ausgeweitet, Landtag unterstützt Northvolt-Ansiedlung



Eine Milliarde Euro fließt in den Notkredit, den der Landtag nach Beginn des Ukraine-Kriegs genehmigt hat.

07 „Jugend im Landtag“ fordert finanzielle Hilfen für Einkommensschwache

08 Personalien

ZÄHLBARES

4

So viele Nachtragshaushalte hat die Landesregierung im Jahr 2022 in den Landtag eingebracht – ein Höchstwert, bedingt durch den Ukraine-Krieg und die Entlastungsmaßnahmen von Bund und Land.

Mehr ab Seite 5

10 **Ausschüsse:**
Petitionsausschuss besucht Kieler JVA, Nationalpark Ostsee ist Thema im Umweltausschuss

11 **Plenum:**
Spitzensport in Zeiten der Fußball-WM in Katar, App soll Praktika vermitteln, Lernrückstände an den Grundschulen, Weiterbau der Autobahn A20, Gedenken an die Mordopfer von Mölln

14 **Rückblick 1992:**
„Die Brandanschläge von Mölln lösen im Landtag Entsetzen aus



Mölln, November 2022: Eine Frau legt Blumen vor dem Bahide-Arslan-Haus in der Mühlenstraße 9 ab, in dem vor 30 Jahren bei einem Brandanschlag drei Menschen getötet wurden.

16 **Die Seite für das Ehrenamt**

17 **Bürgerpreis:**
Auszeichnungen für Moorschutz, Klimawald und politische Jugendarbeit

18 **Bücher:**
Der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchywitsch las im Landtag aus seinem Roman „Radio Nacht“, Lesetipps: Michail Gorbatschow, Frauen kämpfen für ihre Rechte, die Stellung der Regierung im Plenarsaal, Impressum

20 **Zitate des Jahres:**
Zeus, Elefanten, Kopfschmerztabletten und der FC Liverpool



Am Rednerpult des Landtages gab es auch 2022 bemerkenswerte Aussagen.

22 **Das Quiz zum Jahreswechsel**

23 **Ins Bild gerückt:**
Zu Besuch im Landeshaus

24 **Termine, Termine, Termine**

Der Schnappschuss

Während der Dezember-Tagung verdeckte die weiße Pracht beinahe den Blick auf das Landeshaus.



Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner,

wohl die meisten von uns haben Ende 2021 auf das neue Jahr geblickt und gehofft, die Pandemie und die Zeit der Krisen hinter uns lassen zu können. Stattdessen ist am 24. Februar das fast Undenkbare eingetreten: Es herrscht wieder Krieg in Europa. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und der brutale Krieg haben uns zutiefst erschüttert. Zu dem unsagbaren Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer gesellen sich weltweit dramatische wirtschaftliche Folgen, die auch wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein spüren.

Es heißt aber, die Stärke einer Gesellschaft zeige sich in der Krise, und das hat die Geschichte auch immer wieder gezeigt. Das ist es, was mich jetzt optimistisch stimmt – der Glaube an unser Land und an das, was uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auszeichnet: unser Zusammenhalt. Unser Zusammenhalt ist unsere Stärke. Das erleben wir tagtäglich im Kleinen wie auch im Großen bei dem vielfachen ehrenamtlichen Engagement von Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger.

Wenn wir uns das bewahren, werden wir gemeinsam die Krisen meistern und die schweren Zeiten hinter uns lassen. Dafür möchte ich Ihnen allen von Herzen danken.

Lassen Sie uns gemeinsam mit der Gewissheit unserer Stärke in das neue Jahr gehen.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute, Gesundheit und Zuversicht für 2023!



Kristina Herbst
Landtagspräsidentin



Digitale Plattform für Abgeordnete

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können seit Ende Oktober ein neues digitales Tool für die parlamentarische Zusammenarbeit nutzen. Das Abgeordnetenportal wurde vom IT-Dienstleister des Landes, dem Unternehmen Dataport aus Altenholz bei Kiel, entwickelt. Es bietet gebündelt wichtige Informationen, Dokumente und Vorlagen. Zahlreiche Abläufe und Prozesse, die bislang analog abliefen und viel Zeit und Ressourcen in Anspruch nahmen, können nun auf digitalem Wege bearbeitet werden.

„Mit dem Abgeordnetenportal hat die Landtagsverwaltung den verfassungsrechtlichen Auftrag umgesetzt, den Landtag auch in Krisenzeiten digital handlungsfähig zu halten“, so Landtagsdirektor Prof. Utz Schliesky. Zugleich schaffe das Portal „die

technische Grundlage für hybrides parlamentarisches Arbeiten von unterschiedlichen Standorten“, unterstreicht Johann Bizer, Vorstandsvorsitzender von Dataport.

Das Abgeordnetenportal soll regelmäßig erweitert werden. In einem nächsten Schritt ist die Einführung einer digitalen Sitzungsmappe geplant: Abgeordneten werden dort alle Parlamentsunterlagen wie Einladung, Tagesordnung und Anträge zur Verfügung gestellt. Außerdem wird die digitale Signatur eingeführt. Dokumente müssen dann nicht mehr ausgedruckt und per Hand unterschrieben werden. Das Projekt ist deutschlandweit einzigartig, eine vergleichbare digitale Lösung zur parlamentarischen Zusammenarbeit gibt es bislang weder auf Landes- noch auf Bundesebene.

Wortwörtlich

„Es ist ein Bürgerrecht, in diesem Land friedlich zu demonstrieren. Aber es ist kein Bürgerrecht, Straftaten zu begehen. Auch Robert Habeck und Joachim Gauck haben sich kritisch dazu geäußert. Es ist völlig inakzeptabel, andere Menschen zu nötigen.“

(Christopher Vogt, FDP)

...

„Das ist kein politischer Aktivismus, das ist Vandalismus. Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht auf Kunstwerke. Solcher Vandalismus führt nicht zu mehr Klimaschutz. Er führt vielmehr dazu, dass sich Museen in Hochsicherheitstrakte mit Sicherheitskontrollen wie auf Flughäfen verwandeln.

So etwas können wir doch nicht wollen.“

(Tim Brockmann, CDU)

...

„Ich habe Verständnis für die Verzweiflung der Aktivistinnen. Und ja, ich habe Verständnis dafür, wenn einen diese Verzweiflung sprichwörtlich auf die Straße treibt. Klar ist gleichzeitig auch: Es dürfen nie und zu keinem Moment Menschen durch Protest gefährdet werden. Ich kann darüber hinaus verstehen, wenn Bilder von Aktivistinnen, die sich auf die Straße kleben, nicht alle überzeugen.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)

...

„Viele Bewegungen, die von der Gerechtigkeit, Richtigkeit und Dringlichkeit - sei es des Zieles oder wie hier gar nur des Weges - überzeugt sind, müssen irgendwann feststellen, dass nicht alle die eigenen Erkenntnisse und Forderungen teilen. Da muss ich wohl mein Ziel ‚herbeinötigen‘, denn genau das mache ich, wenn ich ankündige, mit strafbaren Aktionen so lange weiterzumachen, bis meine Forderungen erfüllt sind.“

(Kai Dolgner, SPD)

...

„Auch wenn wir die Beweggründe und das Ansinnen der Klima-Aktivisten teilen, so teilen wir nicht die Formen ihrer Proteste. Wir halten die Aktionen eher für kontraproduktiv und der Sache nicht dienlich. Sie bringen die breite Bevölkerung eher gegen die Ziele der Klimabewegung auf.“

(Lars Harms, SSW)

...

„Der Verstoß gegen das Gesetz darf nicht als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele angesehen werden. Legitimer Protest findet spätestens dort seine Grenzen, wo Leib und Leben von Menschen gefährdet werden. Das gilt auch, wenn der Protest sich einem guten Ziel, nämlich dem Klimaschutz, verschreibt.“

(Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack, CDU)

Aus der Debatte am **16. Dezember** über die Proteste von Klimaaktivisten, die sich an Straßen festkleben oder Kunstwerke beschädigen.

Mehr Zitate auf den Seiten 20 und 21

Nordischer Rat: Die Region steht zusammen

Angesichts des Russischen Angriffs auf die Ukraine rückt Europas Norden weiter zusammen. Mit diesem Eindruck kehrten die Vizepräsidentinnen Eka von Kalben (Grüne) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) Anfang November von ihrem Besuch beim Nordischen Rat in Finnlands Hauptstadt Helsinki zurück. In diesem Gremium kommen die Regierungen und Parlamente der Region seit 1952 regelmäßig zusammen, Schleswig-Holstein hat seit 2016 Beobachterstatus.

„Diese schwierigen Zeiten haben die nordischen Länder in einer Weise zusammengebracht, wie wir es noch nie erlebt haben“, betonte der

finnische Staatspräsident Sauli Niinistö vor den rund 100 Teilnehmern und sprach von einer „Renaissance der Zusammenarbeit“.

„Dass wir als Beobachterinnen an dieser Jahresversammlung teilnehmen, zeigt, dass Schleswig-Holstein nicht nur geografisch, sondern auch politisch eine wichtige Schnittstelle zwischen dem Norden und dem Rest Europas darstellt“, erklärte von Kalben im Anschluss an die Zusammenkunft. Waldinger-Thiering nutzte ihr Grußwort im finnischen Parlament, um die Bedeutung der nordischen Zusammenarbeit für Schleswig-Holstein zu unterstreichen.

Einsatzmedaillen für Marinesoldatinnen und -soldaten

36 schleswig-holsteinische Soldatinnen und Soldaten sind Mitte November als erste Angehörige der Deutschen Marine mit der neu gestifteten Einsatzmedaille „Very High Readiness Joint Task Force Maritime“ ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Kristina

Herbst und der Kommandeur der Einsatzflottille 1, Flottillenadmiral Henning Faltn, ehrten die Bundeswehrangehörigen im Landeshaus. Die Frauen und Männer, Besatzung des Minentauchereinsatzbootes „Bad Rappenu“ sowie Angehörige des Seebataillons, erhielten die

Auszeichnung stellvertretend für alle Einsatzkräfte, die an der „Very High Readiness Task Force“, der NATO-Einsatzgruppe mit sehr hoher Bereitschaft, teilgenommen haben.

Der massive Bruch des Völkerrechts durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine habe vielen Menschen die Augen geöffnet, stellte Herbst fest: „Die furchtbaren Entwicklungen seit dem 24. Februar 2022 haben uns die Unersetzlichkeit einer demokratischen Armee für die Friedenssicherung deutlich gemacht.“

Landtagspräsidentin Kristina Herbst ehrte die Marianangehörigen im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses.



Opposition will Gesetzgebung transparenter gestalten

Die Opposition will die Landesregierung zu mehr Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit verpflichten. Wenn die regierungstragenden Fraktionen einen Gesetzentwurf ins Parlament einbringen, der in einem Ministerium erarbeitet wurde, dann soll die Regierung dies „frühzeitig und vollständig“ mitteilen. SPD, FDP und SSW wollen das Parlamentsinformationsgesetz um einen entsprechenden Passus ergänzen. Der Entwurf wurde Ende November an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Hintergrund: Wenn die Regierung von ihrem Initiativrecht Gebrauch macht und ein Gesetz in den Landtag einbringt, dann hat dies in der Regel einen längeren Vorlauf. Betroffene werden angehört, und die Ministerien stimmen sich ab. In eiligen Fällen springen die regierungstragenden Fraktionen ein und legen den Entwurf unter ihrem Namen vor. Der Vorlauf innerhalb der Regierung fällt dadurch weg. Dies könne in dringenden Angelegenheiten zwar notwendig sein, so SPD, FDP und SSW, aber derartige „Unterstützungsleistungen“ müssten transparent gemacht werden. Es handle sich um einen „Grenzbereich“, in dem „die Exekutive maßgeblichen Einfluss auf Entscheidungen der Legislative“ ausübe.



Blick von Nordstrand Richtung Hallig Nordstrandischmoor: Wenn das Erdklima sich weiter erwärmt und der Meeresspiegel steigt, dann ist auch Schleswig-Holsteins Westküste betroffen.

Dürre, Starkregen, Hochwasser: Wie teuer ist der Klimawandel?

Schleswig-Holstein bekommt eine Klimaanpassungsstrategie. Der Landtag hat Mitte Dezember einstimmig einen entsprechenden Antrag von CDU und Grünen angenommen. Ziel ist, dass „alle politischen Ebenen, gemeinsam mit der Gesellschaft, auf kommende Wetterextreme besser reagieren und sich anpassen können“. Die Landesregierung soll einen entsprechenden Plan vorlegen. Wie teuer der Klimawandel das Land zu stehen kommt, sei noch nicht absehbar, hieß es in der Debatte. Nur eines sei klar: Noch kostspieliger, als in Schutzmaßnahmen zu investieren, sei es, die Herausforderungen zu ignorieren.

Ambitionierter Klimaschutz bleibe günstiger als jede Klimaanpassung, erklärte Nelly Waldeck (Grüne): „Es ist sinnvoll jetzt in Klimaschutz zu investieren, anstatt die deutlich teureren Folgen zu kompensieren“. Deutschland liege schon jetzt in Europa auf Platz 3 bei den Hitzetoten, mahnte sie. Cornelia Schmachtenberg (CDU) zählte die Auswirkungen des Klimawandels auf: längere Dürrephasen, neue Schädlinge, mehr Starkregen, veränderte Vegetationsperioden, größere Waldbrände, mehr Überschwemmungen, verstärkte Bakterienblüten und mehr gefährliche Insekten. Der FDP-Abgeordnete Oliver Kumbartzky sprach sich

dafür aus, alle Beteiligten in die Diskussion einzubeziehen. Seine Fraktion werde die Strategie „kritisch zu begleiten“.

Die SPD forderte von der Landesregierung eine Auflistung der Kosten des Klimawandels - für mögliche Erderwärmungen von 1,5 Grad, 2,0 Grad und 3,0 Grad. „Dafür brauchen wir transparente Zahlen“, sagte Oppositionsführer Thomas Losse-Müller. Allein bis 2030 geht die SPD von einem Investitionsbedarf für das Land von 10,5 Milliarden Euro aus. Das Beratungsunternehmen Deloitte rechnet nach Losse-Müllers Angaben mit einem ökonomischen Verlust für

ganz Deutschland in Höhe von 730 Milliarden Euro in den kommenden 50 Jahren bei einem Temperaturanstieg von 1,5 Grad. Der Antrag der Sozialdemokraten wird im Umwelt- und Agrar- sowie im Wirtschaftsausschuss weiter beraten. Klimaschutzminister Tobias Goldschmidt (Grüne) betonte, es sei schwer, jedes klimarelevante Ereignis in Euro und Cent zu beziffern: „Wie soll ich taxieren, welchen Wert eine Hallig hat?“ Er gehe aber insgesamt von fünf Prozent des Bruttoinlandproduktes aus. „Wir sind schon längst bei der Anpassung“, erklärte Goldschmidt. So würden die Deiche für viel Geld erhöht.

Ein Viertel der Landesfläche liege unter Normal Null und sei damit besonders von Überschwemmungen bedroht, betonte Sybilla Nitsch (SSW). Dem Generalplan Küstenschutz habe daher eine immer größere Bedeutung. Die Bedrohung komme aber nicht nur vom Meer, sondern auch durch Starkregen. Es müsse in Schöpfwerke und Siele investiert werden.

Nachtrag und neue Schulden

Der Landtag hat Mitte Dezember eine Erhöhung des Ukraine-Notkredits um eine Milliarde Euro auf 1,4 Milliarden beschlossen. Dem entsprechenden Nachtragshaushalt stimmten neben den Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen auch SPD und SSW zu. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für diesen Schritt hatte das Parlament im November geschaffen (siehe Seite 6).

Gegen den Nachtragshaushalt stimmte die FDP. Deren Parlamentarischer Geschäftsführer Oliver Kumbartzky vermisste eine glaubhafte Begründung für die Notwendigkeit des Schrittes: „Heute ist ein schwarzer beziehungsweise schwarz-grüner Tag für Schleswig-Holstein.“

„Die Landesregierung wird auch mit der neuen Kreditemächtigung sorgsam umgehen“, sagte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Ursprünglich wollte das Land im Jahr 2022 netto 260 Millionen Euro Schulden tilgen. Mit dem Nachtragshaushalt werde daraus eine

Kreditaufnahme von 740 Millionen Euro. Wie viele neue Schulden es am Ende wirklich seien, stehe aber nicht fest, etwa weil die Steuereinnahmen „im Haushaltsvollzug 2022 bisher deutlich besser als geplant“ seien.

Haushalt 2023 kommt später

Die Landesregierung hat den Haushalt für das neue Jahr Ende Dezember vorgelegt. Er soll Ende Januar im Plenum beraten, anschließend in den Ausschüssen bearbeitet und Ende März beschlossen werden.

Neuer Milliardenkredit für Ukraine-Hilfe und Energiewende

Der Notkredit des Landes zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs wird um eine Milliarde Euro aufgestockt – auf 1,4 Milliarden Euro. Diesen Kurs von CDU und Grünen trugen Ende November auch SPD und SSW mit. Es herrsche derzeit eine „außergewöhnliche Notsituation“, die ein Abweichen von der Schuldenbremse in der Landesverfassung erforderlich mache, heißt es in einem gemeinsamen Papier der vier Fraktionen.

Für einen solchen Schritt ist eine Zweidrittelmehrheit im Landtag nötig, die Schwarz-Grün auch ohne die beiden Oppositionsfraktionen gehabt hätte. Lediglich die FDP ist nicht mit im Boot. Die Liberalen halten die Erhöhung des Notkredits für verfassungswidrig, weil damit Vorhaben finanziert würden, die nichts mit der aktuellen Krise zu tun hätten, etwa Klimaschutzmaßnahmen und Infrastrukturprojekte. Annabell Krämer (FDP) beklagte, die neuen Schulden würden „zur Finanzierung von Koalitionsprojekten zweckentfremdet“. Die Aufhebung der Schuldenbremse sei nur für kurzfristige, akute Maßnahmen gedacht, so Krämer. Die FDP habe eine Klage beim Landesverfassungsgericht ins Auge gefasst. Die fünfköpfige Fraktion ist aber zu klein, um dies allein auf den Weg zu bringen.

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) wies den Verdacht „aufs Schärfste“ zurück, die Koalition würde „Krieg und Krise als Vorwand für Traumprojekte“ missbrauchen. In dieser Zeit müsse die Politik „Orientierung

und Sicherheit“ geben. Der Bund und FDP-Finanzminister Christian Lindner agierten ähnlich, betonte die Ministerin in Richtung der Liberalen.

„Jetzt nicht den Rotstift ansetzen“

CDU-Fraktionschef Tobias Koch würdigte, dass die schwarz-grüne Koalition und die Oppositionsfraktionen SPD und SSW an einem Strang ziehen: „Es zeichnet Schleswig-Holstein aus, dass wir in Krisenzeiten politisch zusammenstehen.“ Alle Ausgaben stünden unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Finanzausschusses. „Der Ukraine-Notkredit ist also keine Blankovollmacht“, so Koch. Dies sei „keine leichte Entscheidung“, sagte Lasse Petersdotter (Grüne), aber die „humanitäre Aufnahme von Geflüchteten“ dürfe nicht am Geld scheitern. Es stehe noch nicht fest, wie viel von der jetzt bewilligten Milliarde tatsächlich ausgegeben werde: „Wir schaffen einen Handlungsspielraum für die kommenden beiden Haushaltsjahre.“



Scharfe Kritik: Annabell Krämer (FDP) sprach von „grünen Wunschprojekten, die nun ungehemmt aus Notkrediten finanziert werden sollen“.

In der aktuellen Krise dürfe es keine „Abdankung des Staates als Garant für gesellschaftlichen Ausgleich“ geben, begründete Thomas Losse-Müller die Zustimmung der SPD. Er wies auf die Entlastungspakete des Bundes, die Erhöhung des Mindestlohns, die Wohngeldreform und die Einführung des Bürgergeldes hin: „In der aktuellen Krise wollen wir keinen Rotstift ansetzen.“ Ihm sei bewusst, „mit welchen gigantischen Summen wir hier hantieren“, betonte Lars Harms (SSW). Aber: Wer behaupte, die anstehenden Aufgaben könnten ohne den Notkredit bewältigt werden, der solle entsprechende Kürzungen im Sozial- oder Kulturbereich vorlegen, merkte Harms mit Blick auf die FDP an.



Große Hoffnung: Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) setzt „ohne Wenn und Aber“ auf die Northvolt-Ansiedlung in Dithmarschen.

Landtag klar für Northvolt

Der Landtag hat sich Ende November einstimmig für den Bau der Batteriezellenfabrik Northvolt bei Heide ausgesprochen.

Dies sei „ein absolutes Leuchtturm-Projekt an der Westküste mit Strahlkraft in die ganze Bundesrepublik und auch auf ganz Europa“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen und SSW. Es wäre bitter, wenn das schwedische Unternehmen das Vorhaben doch noch abblase, so die allgemeine Stimmung im Plenum.

Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) zeigte sich zuversichtlich: „Man steht nach wie vor zu Heide, wenn es um eine Ansiedlung in Europa geht.“ Gleichwohl gebe

es mittlerweile eine andere Lage als vor einem Jahr. Der Minister verwies auf Steigerungen bei den Baukosten von 30 bis 40 Prozent und viermal so hohe Energiekosten. Northvolt hatte im März angekündigt, rund 4,5 Milliarden Euro in ein Batteriezellenwerk mit bis zu 3.000 Arbeitsplätzen zu investieren.

Anfang November gab es Medienberichte, laut denen das Unternehmen das Projekt mit Blick auf hohe Energiekosten in Deutschland und Subventionen in den USA infrage stellte. SPD und FDP kritisierten die Ansiedlungsstrategie des Landes. Um den Standort weiterzuentwickeln, müssten jetzt Gewerbeflächen entwickelt und Schienenanschlüsse geschaffen werden, so Thomas Losse-Müller (SPD).

Bereits seit 1985 bietet der Landtag einmal im Jahr Jugendlichen ein Forum, um ein Wochenende lang miteinander zu diskutieren und Forderungen an die Politik zu stellen. Im Plenarsaal übernimmt die „Jugend im Landtag“ vorübergehend die Plätze der Abgeordneten.



„Jugend im Landtag“ fordert Hilfen für Arme und kostenlosen ÖPNV

Die knappen Kassen in vielen Haushalten angesichts von Inflation und steigenden Energiepreisen standen Ende November auch bei „Jugend im Landtag“ auf der Agenda. Das Land soll Hilfsangebote für Menschen mit geringen Einkommen stärker als bisher fördern, lautet eine von rund 40 Forderungen an die „große“ Politik. Und: Menstruationsartikel sollen kostenlos in allen öffentlichen Toiletten und Gebäuden in Schleswig-Holstein ausgelegt werden.

Es war bereits die 35. Auflage von „Jugend im Landtag“. Für zweieinhalb Tage trafen sich rund 60 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren aus ganz Schleswig-Holstein im Landeshaus, um einen ganzen Katalog an Appellen an die Politik zu richten. „Echte“ Politiker aus allen Fraktionen standen ihnen zur Seite.

Beispielsweise strebt „Jugend im Landtag“ einen kostenlosen ÖPNV an. Menschen unter 25 und über 60 Jahre sowie Ehrenamtler sollen Bus und Bahn gratis nutzen dürfen. Klar ist für die Teilnehmer auch: kein Alkohol am Steuer. Wer Auto oder Motorrad fährt, für den soll die Null-Promille-Grenze gelten. Nach langer, kontroverser Diskussion sprach sich eine Mehrheit zudem für eine Abschaffung des Verbots von öffentlichen Veranstaltungen und Tanz-Partys an stillen kirchlichen Feiertagen aus, etwa dem Karfreitag. Und: Die Deutsche Gebärdensprache soll in Schulen als Wahlpflichtfach angeboten werden.

Um Gebärdensprache unterrichten zu können, sollen Lehrkräfte durch mehrere Seminare im Studium darauf vorbereitet werden. Eine weitere Anregung: Wer seinen Freischwimmer nicht gemacht hat, der soll auch keinen Schulabschluss machen dürfen. Damit will „Jugend im Landtag“ auf die steigende Zahl an Badeunglücken und den Mangel an Rettungs-

schwimmern reagieren. Die Beschlüsse werden nun den schleswig-holsteinischen Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten sowie den Landesministerien vorgelegt. Deren Stellungnahmen bilden dann die Grundlage für eine Abschlussdiskussion im Frühjahr 2023.

„Was Sie denken und zu sagen haben, nehmen wir sehr ernst“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst zur Begrüßung. Die Politik müsse die Belange junger Menschen stärker als bisher berücksichtigen. Mit Blick auf die Kommunalwahl im kommenden Mai ermutigte Herbst die jungen Frauen und Männer, nach ihrer Teilnahme bei „Jugend im Landtag“ den nächsten Schritt zu gehen und sich auch vor Ort politisch einzubringen: „In vielen Gemeinden werden Menschen wie Sie gesucht, die Spaß haben, sich für die Zukunft ihrer Gemeinde oder Stadt einzusetzen.“



Das neu gewählte Präsidium von „Jugend im Landtag“ leitete die ganztägige Plenardebatten und wird im kommenden Jahr die Beschlüsse des Jugendparlaments im Landtag vertreten und die nächste Veranstaltung mit vorbereiten. Oben: Sally Schrader (19) aus Pölitz (Kreis Stormarn) und Lennard Hamelberg (20) aus Seth (Kreis Segeberg). Unten: Lasse Jensen (17) aus Mönkeberg bei Kiel und Tamina Vahlendieck (18) aus Lübeck.

Bundeswehr ehrt Theodor Steltzer



Prägende Figur beim demokratischen Neubeginn nach dem Krieg: Theodor Steltzer

Theodor Steltzer (1885 bis 1967), von 1945 bis 1947 erster schleswig-holsteinischer Regierungschef nach dem Zweiten Weltkrieg und 1946/47 auch Landtagsabgeordneter, ist seit Mitte November Namensgeber einer Bundeswehrkaserne in Kiel-Wik. Der Sitz des Landeskommandos Schleswig-Holstein, in dem auch weitere Dienststellen untergebracht sind, trägt nun den Namen „Theodor-Steltzer-Kaserne“. Der CDU-Politiker diente als Offizier in beiden Weltkriegen. Im Zweiten Weltkrieg verhalf er norwegischen

Juden zur Flucht nach Schweden. Wegen Verbindungen zum Widerstand wurde er nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt, kam jedoch kurz vor Kriegsende in Freiheit. Steltzer, in

Trittau (Kreis Stormarn) geboren, war zuvor Landrat in Rendsburg, bevor er 1933 von den Nazis abgesetzt wurde. Von 1955 bis 1960 war er Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission.



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (3. v. re.) und Ministerpräsident Daniel Günther (2. v. re.) wohnten der Namensgebung bei.

Oliver Kumbartzky, seit 2009 für die FDP im Landtag, ist seit Mitte November Landesvorsitzender der Liberalen. Ein Parteitag in Neumünster bestimmte ihn mit 188 von 200 Stimmen zum neuen Vorsitzenden. Elf Delegierte votierten gegen ihn, einer enthielt sich. Kumbartzky hatte keinen Gegenkandidaten. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion löst Ex-Sozialminister

Heiner Garg ab, der seit 2011 im Amt war. Garg hatte nach den Verlusten bei der Landtagswahl im Mai seinen Rückzug angekündigt und eine Neubesetzung des Parteivorstands angeregt. Regulär hätte die Wahl des neuen Landesvorstandes erst im Herbst 2023 angestanden. Zu einem von Kumbartzkys Stellvertretern wählte der Parteitag den Fraktionschef im Landtag **Christopher Vogt**.



Heiner Rickers (CDU) und **Dirk Kock-Rohwer** (Grüne) vertreten den Landtag ab 1. Januar 2023 im Verwaltungsrat der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten. Das Parlament wählte die beiden im Dezember einstimmig.

Monika Heinold (Grüne), Finanzministerin, ist Mitte Dezember von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Zum Vorsitzenden wurde der Hamburger Finanzsenator **Andreas Dressel** gewählt, erster Stellvertreter ist Sachsens Finanzminister **Hartmut Vorjohann**. Die TdL vertritt die Bundesländer bei den Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften.

Torsten Geerds, CDU-Landtagsabgeordneter von 1992 bis 2012, Landtagspräsident von 2009 bis 2012 und Staatssekretär im Innenministerium von 2017 bis Juni 2022,



wurde Mitte November in Neumünster zum ehrenamtlichen Präsidenten des Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) gewählt. Geerds war vor seiner Berufung zum Staatssekretär bereits als Sprecher des DRK-Landesvorstands tätig.

Marret Bohn, von 2009 bis Juni 2022 für die Grünen im Landtag, ist seit Mitte November ehrenamtliche Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes. Sie übernahm die Stelle der ehemaligen CDU-Abgeordneten und Landtagsvizepräsidentin **Frauke Tengler**, die nicht wieder zur Wahl antrat.

Wulf Benning wurde Ende November vom Landtag einstimmig zum Präsidenten des Landesarbeitsgerichts in Kiel gewählt. Der bisherige Vizepräsident war zuvor vom Justizministerium vorgeschlagen und vom Innen- und Rechtsausschuss angehört worden.

Werner Schwarz, seit Juni 2022 Minister für Landwirtschaft und Europa, ist vom Landtag Ende November einstimmig zum stellvertretenden Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) benannt worden. Der AdR ist die Vertretung der lokalen und regionalen Ebene bei der EU in Brüssel.

Wahlkreisausschuss: Der Landtag hat Ende November einstimmig seine Mitglieder im Wahlkreisausschuss gewählt: Peter Lehnert, Tim Brockmann, Uta Wentzel, Claus Christian Claussen, Rixa Kleinschmit (alle CDU), Bina Braun, Jan Kürschner (beide Grüne), Kai Dolgner, Birgit Herdejürgen (beide SPD), Oliver Kumbartzky (FDP) und Lars Harms (SSW) gehören dem Gremium für die Dauer der Wahlperiode an. Der Wahlkreisausschuss bestimmt unter Vorsitz des Landeswahlleiters über die Wahlkreiseinteilung bei Landtagswahlen.

Katrin Fedrowitz, von 2016 bis 2017 und von 2021 bis 2022 für die SPD im Landtag, ist Mitte November für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel ausgezeichnet worden. Fedrowitz ist unter

anderem seit 2006 Stadtvertreterin in Norderstedt.

Vivien Albers, seit 2018 Sprecherin des Landtages, hat zum 1. Dezember das Amt der Zweiten Regierungssprecherin übernommen. Die studierte Theater-, Medien- und Politikwissenschaftlerin war seit 2014 in Diensten des Landtages tätig. Zuvor arbeitete sie nach Stationen bei Fernseh- und Radiosendern in Mainz, Berlin und Brüssel für einen TV-Sender in Köln. Ihr bisheriger Stellvertreter **Frank Plathhoff** übernimmt bis zur dauerhaften Neubesetzung der Position die Funktion des Pressesprechers des Landtages.

Ulf Kämpfer, von 2012 bis 2014 Staatssekretär im Umweltministerium und seitdem Kieler Oberbürgermeister, ist Mitte November vom Vorstand des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der SPD-Politiker folgt dem Mainzer Oberbürgermeister **Michael Ebling** (SPD), der mit seiner Ernennung zum Innenminister von Rheinland-Pfalz aus dem Amt ausgeschieden ist.

Andreas Otto, Landeshaus-Korrespondent von Radio Schleswig-Holstein (R.SH), bleibt Vorsitzender der Landespressekonferenz. Zu stellvertretenden Vorsitzenden bestimmten die Mitglieder Mitte November in Kiel **Sylvia Aust** vom NDR-Fernsehen, **André Klohn** von der Deutschen Presse-Agentur (dpa), **Kirsten von Keitz** von RTL und **Henner Hebestreit** vom NDR. Als Schatzmeister wurde **Kay Müller** vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z) gewählt. In der Landespressekonferenz haben sich Journalisten zusammengeschlossen, die regelmäßig über die Landespolitik in Schleswig-Holstein berichten.

Gerhard Ulrich, ehemaliger evangelisch-lutherischer Landesbischof, hat Ende Oktober den Posten des Landesbeauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismus übernommen. Er wurde von der Landesregierung berufen und löst den ehemaligen Ministerpräsidenten und Landtagsabgeordneten **Peter Harry Carstensen** ab, der den Posten seit 2019 innehatte.

Runde Geburtstage



Jürgen Westphal aus Hamburg, von 1975 bis 1985 für die CDU im Landtag, Wirtschaftsminister von 1973 bis 1985, hat am 1. Dezember seinen 95. Geburtstag gefeiert.

Klaus Kribben aus Wentorf bei Hamburg, von 1975 bis 1996 für die CDU im Landtag, Oppositionsführer von 1991 bis 1992, hat am 21. Oktober seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Rolf Selzer aus Kiel, von 1983 bis 1992 sowie von 1993 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 5. Dezember seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Prof. Helmut Mikelskis aus Freiburg im Breisgau, von Mai bis Oktober 1992 für die SPD im Landtag, hat am 1. November seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Rolf Schroedter aus Berlin, von 1996 bis 1997 für die SPD im Landtag, hat am 20. November seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Michael von Abercron aus Elmshorn, von 2009 bis 2012 für die CDU im Landtag und von 2017 bis 2021 im Bundestag, hat am 17. November seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Carsten Behnk, ehemaliger Bürgermeister von Eutin, ist ab Januar 2023 zentraler Ansprechpartner für alle Fragen im Zusammenhang mit den Bauarbeiten am Fehmarnsund und den Baustellen zur Anbindung des Fehmarnbelttunnels. Die Landesregierung berief den Unternehmensberater wegen seiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung auf den neu geschaffenen Posten.



Anstaltsleiter Bernd Gludau (3. v. re.) führt die Mitglieder des Petitionsausschusses unter der Leitung des Vorsitzenden Hauke Götttsch (4. v. li.) durch einen Trakt der JVA Kiel.

Petitionsausschuss zu Gesprächen in Kieler JVA

Es ging um psychische Probleme der Gefangenen, Schutzausrüstung und Fortbildungen: Ende November hat der Petitionsausschuss die Justizvollzugsanstalt (JVA) in Kiel besucht und sich mit der Anstaltsleitung und Mitarbeitern ausgetauscht. Auch für die Gefangenen gab es eine Sprechstunde mit vertraulichen Gesprächen.

Den direkten Austausch vor Ort zu suchen, sei den Abgeordneten ein besonderes Anliegen, sagte der Ausschussvorsitzende, der CDU-

Abgeordnete Hauke Götttsch. „Gefangene können reguläre Sprechstunden des Petitionsausschusses naturgemäß nicht wahrnehmen. Wir werden daher auch in dieser Wahlperiode die bewährte Tradition fortsetzen, die Justizvollzugsanstalten zu besuchen“, so Götttsch: „Der Petitionsausschuss hat ein offenes Ohr für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Den Ausschuss erreichen regelmäßig Anliegen sowohl von Gefangenen als auch von Beschäf-

tigten der Justizvollzugsanstalten. In der aktuellen Wahlperiode sind bereits fünf Petitionen von Gefangenen eingegangen, darunter eine öffentliche, die eine Weihnachtsamnestie für Straftäter fordert, die wegen Cannabisgebrauchs einsitzen. Bereits in der Vergangenheit hatte der Petitionsausschuss Justizvollzugsanstalten in ganz Schleswig-Holstein besucht. An diese Reihe knüpfen die Abgeordneten jetzt an. Der Termin im Kieler Gefängnis, das über 263 Haftplätze verfügt, war der Auftakt für weitere Besuche.

Nationalpark auch an der Ostsee?

Seit 1985 gibt es an der schleswig-holsteinischen Westküste den Nationalpark Wattenmeer. Nun könnte auch an der Ostsee ein solches großflächiges Schutzgebiet entstehen. Entsprechende Überlegungen bestätigte Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) Anfang November im Umwelt- und Agrarausschuss. Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen spricht von „vielen Vorteilen aus einem schleswig-holsteinischen Meeresnationalpark Ostsee“.

Die Ostsee sei ein stark genutztes Meer und befinde sich derzeit in einem extrem schlechten Zustand, so der Minister im Ausschuss. Naturschutzfachlich sei die schleswig-holsteinische Ostsee aber eine „Perle“, und die mögliche Ausweisung eines Nationalparks könne zu einem „echten Gewinnerthema für das Land“ werden – für die Natur, für die regionale Entwicklung, für die Nachhaltigkeit und auch für die lokale Wirtschaft, die stark vom Tourismus geprägt sei.

Es gebe bereits zahlreiche Schutzgebiete und Natura-2000-Flächen. Nun müsse geprüft werden, wie die bestehenden Schutzkulissen zu einem Nationalpark entwickelt werden könnten. Goldschmidt legte Eckdaten dar: Im kommenden Jahr werde ein Dialogprozess mit allen Beteiligten in der Region gestartet, und 2024 könne eine Entscheidung fallen. Bereits im Herbst seien erste Gespräche mit Landräten geplant, um den Dialogprozess vorzubereiten. Mit weiteren konkreten Aussagen hielt sich Goldschmidt aber zurück. „Inhaltliche Vorfestlegungen“, etwa zu Umfang, Nutzungseinschränkungen oder Ausgleichszahlungen, lehnte er zum jetzigen Zeitpunkt ab. Dies rief den Unmut der Opposition hervor. Sandra Redmann (SPD) und Oliver Kumbartzky (FDP) forderten vom Minister „mehr Butter bei die Fische“

Die CDU-Abgeordnete Cornelia Schmachtenberg sprang dem Minister zur Seite und betonte, zunächst gelte es, „die Regionen mitzunehmen“.

Das Projekt dürfe den Betroffenen nicht „von oben aufgestülpt“ werden. Laut Medienberichten sollen an der Ostsee, anders als an der Westküste, wo das Wattenmeer unter den besonderen Nationalpark-Schutz gestellt ist, auch Küstenstreifen in den Nationalpark einbezogen werden. Zudem soll das Schutzgebiet nicht aus einer zusammenhängenden Fläche, sondern aus mehreren Einzelflächen bestehen. Das Gebiet könne zu einer Attraktion werden und etwa den noch rund 400 Beschäftigten in der Fischerei alternative Einnahmemöglichkeiten beschere, wird Goldschmidt zitiert. Demnach geht es um rund 140.000 Hektar, die dafür in Frage kommen.

Am Rande der November-Tagung haben sich mehr als 50 Abgeordnete und Regierungsmitglieder gemeinsam hinter ein „One Love“-Banner gestellt, um mit Blick auf die Fußball-WM in Katar ein Zeichen gegen Homophobie, Antisemitismus und Rassismus sowie für Menschenrechte und Frauenrechte zu setzen. Der Weltverband FIFA hatte sportliche Sanktionen angedroht, falls die „One Love“-Kapitänsbinde bei WM-Spielen in Katar getragen wird.



Land will Spitzensport fördern – und sich von Katar absetzen

Die Landesregierung soll sich „um mehr sportliche Großevents im Land zwischen den Meeren bemühen“ – klimaneutral und im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele. Solche Veranstaltungen seien positiv für den Breitensport, die Wirtschaft und den Tourismus, heißt es in einem Antrag von CDU und Grünen, der Ende November einstimmig beschlossen wurde. Einig waren sich die Abgeordneten auch darin, dass die umstrittene Fußball-WM in Katar kein Vorbild sei.

In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Niclas Dürbrook zählt das Innenministerium Sport-Highlights im Norden auf – etwa die Kieler und die Travemünder Woche, den Canal-Cup (die Ruderregatta auf dem Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg) oder den Windsurf-World-Cup auf Sylt. Nun soll mehr dazukommen.

Martin Balasus (CDU): „Wir freuen uns, dass die Landesregierung dazu eine eigene Richtlinie zur Förderung von internationalen, nationalen und überregionalen Sport-Events in Schleswig-Holstein veröffentlicht hat. Großveranstaltungen können nun mit bis zu 250.000 Euro und weitere Events mit bis zu 50.000 Euro Zuschuss rechnen. Damit fällt mit dieser Richtlinie der Startschuss für sportliche Großveranstaltungen. Ich bin schon ganz gespannt, was jetzt alles auf uns zukommt.“

Annabell Krämer (FDP): „Dabei muss aber alles im Rahmen bleiben und authentisch sein. Die Fußball-WM in Katar führt uns aktuell ja mehr als deutlich vor Augen, wie absurd sportliche Großveranstaltungen sind, wenn es lediglich um Prestige, Inszenierung und Kommerz geht. Der Sport, um den es ja eigentlich gehen sollte, gerät da leider in den Hintergrund.“

Niclas Dürbrook (SPD): „Großveranstaltungen können als Leuchtturm wirken und ein Vorbild für den Breitensport sein, das hält der Zukunftsplan Sportland SH richtig fest. Dazu gehören für mich dann aber auch die Großveranstaltungen des Breitensports wie der Tag des Sports mit seinen rund 30.000 Besucherinnen und Besuchern. Das Herzstück des schleswig-holsteinischen Sports sind auch weiterhin unsere rund 2.600 überwiegend ehrenamtlich geführten Sportvereine im Land.“

Lars Harms (SSW): „Was uns dabei wichtig ist, ist die soziale Nachhaltigkeit. Dabei geht es um die Frage, was passiert, wenn die Großveranstaltung vorbei ist? Was passiert im Vorfeld? Welches Bild wollen wir als Land neben dem Sport präsentieren? Das alles sind sehr wichtige Fragen, wie wir jetzt alle im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Katar merken.“

Jan Kürschner (Grüne): „Denke ich an die sportlichen Großereignisse dieses Jahres 2022, so denke ich an die Olympischen Spiele in China und nun, tagesaktuell, an die Fußball-WM in Katar. Ich sage Ihnen nichts Neues, in menschenrechtlicher, demokratischer, ökologischer Hinsicht ist der Austragungsort katastrophal gewählt. Wir alle kennen die Aussagen katarischer Sportfunktionäre zu Genderfragen und Fragen der sexuellen Orientierung.“

Eine zentrale App soll Praktika vermitteln

Auf der Suche nach dem Traumberuf helfen Praktika, bei denen Schüler und Studenten in ein Unternehmen reinschnuppern. Wegen Corona fanden zuletzt aber immer weniger Berufstarter einen Praktikumsplatz. Internet-Börsen können Abhilfe schaffen.

Der Landtag hat Ende November eine landesweite „Orientierungs-App“ ange-regt, die über Berufschancen, Praktikumsplätze und mögliche Studienfächer informiert. Sie soll die bereits bestehenden lokalen Angebote zusammenfassen. Es gebe zwar schon viele Onlineportale in diesem Bereich, so Sybille Nitsch vom SSW, der die Debatte angestoßen hatte. Aber es fehle eine „zentrale Website“, die mit wenigen Klicks erreichbar sei und die „für jeden Interessierten in Schleswig-Holstein ein passgenaues Angebot“ biete.

Als Vorbild nennt der SSW das vom Bundesbildungsministerium geförderte Projekt „Praktikum Westküste“. Dort seien bereits mehr als 4.000 Betriebe angeschlossen, so Nitsch. Peer Knöfler, dessen CDU mit den Grünen ein ähnliches Konzept vorgelegt hat, wies darauf hin, dass die Abbruchquoten in Ausbildung und Studium bei 25 bis 30 Prozent lägen. Diese hohen Zahlen könnten gedrückt werden, wenn sich Schulabsolventen vorher ein realistisches Bild des Berufszweigs machen könnten.

Streit um Lernrückstände bei Grundschulern

Der Leistungsabfall der Grundschüler in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland hat Ende November Parlament und Regierung alarmiert. Der jüngste „Bildungstrend“ des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hatte ergeben, dass immer weniger Mädchen und Jungen die Mindeststandards erreichen, weil ihnen Basiskompetenzen fehlen. SPD, FDP und SSW hatten nach den Ursachen gefragt.

Die Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen, des Wechselunterrichts und des Distanzlernens seien in der Studie deutlich sichtbar geworden, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Bildung hätte auch in der Corona-Zeit „Vorrang haben“ müssen. Die negative Entwicklung habe sich aber schon vorher abgezeichnet, so die Ministerin. Deshalb habe die Landesregierung bereits in der vergangenen Wahlperiode ein Programm für Problemschulen aufgelegt.

Die Studie sah die Kinder im Norden zwar im deutschen Mittelfeld, aber in Deutsch und Mathematik zum Teil deutlich verschlechtert. Nach Veröffentlichung hatte Prien angegeben,

außer Corona hätten auch die fortschreitende Inklusion und die Zunahme der Kinder mit Migrationshintergrund eine Rolle gespielt. Martin Habersaat (SPD) hielt der Ministerin „Vernebelungsstrategien“ vor. Sie mache Politik „gegen die Inklusion“ und „gegen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“. Er sprach sich für mehr Unterrichtsqualität statt nur mehr Schulstunden aus. „Gerade beim Thema Inklusion dürfen die Ergebnisse nicht missinterpretiert werden“, befand auch Malte Krüger (Grüne). Wissenschaftlern zufolge habe Inklusion keine negativen Auswirkungen auf die Lernentwicklung von Kindern ohne sonderpädagogischen Bedarf.

Martin Balasus (CDU) sprach von einem „düsteren Bild“. Schwarz-Grün forderte zusätzlich Campusklassen, in denen Schüler mit Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen inklusiv unterrichtet werden. Das sei „eine ideale Möglichkeit, individuell auf jeden Schüler eingehen zu können“, so Balasus. Der entsprechende Antrag wurde einstimmig angenommen. FDP-Fraktionschef Christopher Vogt fand die Ergebnisse nicht allzu überraschend - der Trend gehe seit zehn Jahren beständig nach unten. Er forderte flächendeckende Schuleingangsuntersuchungen, mehr Unterrichtszeit für Deutsch und Mathe und mehr Förderangebote. Jette Waldinger-Thiering (SSW) warf der Landesregierung „Augenwischerei“ vor. Die soziale Ungleichheit in Schleswig-Holstein verstärke sich, und Armut sei das größte Hindernis auf einem erfolgreichen Bildungsweg.

Landtag will die A20 – Grüne betonen Klimaschutz

Der Landtag hat sich Ende November einstimmig für den Weiterbau der A20 ausgesprochen. Dabei wurde klar: Die Grünen bekennen sich zwar zum entsprechenden Passus im Koalitionsvertrag, halten das nach ihren Aussagen „klima- und umweltschädigste Bauprojekt dieses Bundesverkehrswegeplans“ aber für wenig vordringlich.

Angenommen wurde bei Enthaltung von CDU und Grünen auch ein Antrag der FDP. Die Liberalen, die das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatten, stellen darin fest, dass die A20 „eine dringend benötigte Ost-West-Achse zur Verbindung der deutschen Seehäfen“ darstellt und „für eine spürbare verkehrliche Entlastung der Stadt Hamburg“ sorgen werde. Die Vorteile lägen auf der Hand, so Fraktionschef Christopher Vogt.

Lukas Kilian (CDU) betonte, Schwarz-Grün bekenne sich „klipp und klar zur A20 auf der geplanten Trasse“. Nelly Waldeck (Grüne) gab sich zurückhaltender: Das sieben Milliarden Euro teure Projekt werde dazu motivieren, aufs Auto umzusteigen. „Uns eint das Ziel, 2040 klimaneutral werden zu wollen, und so setzen wir uns eben damit auseinander, wie sich das mit diesem Straßenbauprojekt vereinen lässt“, fasste sie zusammen. SPD und SSW stehen hingegen klar hinter dem Weiterbau der Schnellstraße.



Die Autobahn A20 führt von der polnischen Grenze über Lübeck bis kurz vor Bad Segeberg – und endet dort. Der Weiterbau über die Kreise Pinneberg und Steinburg sowie unter der Elbe bis nach Niedersachsen verzögert sich seit Jahren wegen Klagen von Umweltschützern und stockender Planungen.

30 Jahre nach den Anschlägen von Mölln

Gedenken an die Opfer, Mahnungen für die Gegenwart

Drei Jahrzehnte nach den Brandanschlägen von Mölln im Jahr 1992 hat der Landtag der Opfer gedacht und ein entschlossenes Vorgehen gegen rechtsextreme Gewalt ange-mahnt. „Wir treten Diskriminierung, Rassismus und rechtem Gedankengut in unserer Gesellschaft entschieden entgegen und setzen uns für eine offene, tolerante, sichere und auf gegenseitigem Respekt basierende Gesellschaft ein“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, der Ende November einstimmig verabschiedet wurde.

In der lauenburgischen Kleinstadt hatten in der Nacht zum 23. November 1992 zwei Neonazis Brandsätze auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser geworfen. Dabei wurden die 51 Jahre alte Bahide Arslan sowie ihre Enkelinnen Yeliz Arslan (10) und Ayşe Yılmaz (14) getötet. Neun weitere Menschen wurden verletzt. Die 19 und 25 Jahre alten Täter wurden wegen dreifachen Mordes zu zehn Jahren Jugendstrafe beziehungsweise zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Anschläge sorgten für große Erschütterung. Bundesweit demonstrierten Hunderttausende mit Lichterketten gegen rassistische Gewalt.

Die Mordnacht von Mölln sei kein Einzelfall gewesen, mahnte Seyran Papo (CDU): „Wenn man nach Brandanschlägen in Flüchtlingsheimen

googelt, dann ist die Liste viel zu lang.“ Sie rief alle Demokraten auf, sich Hetze und Fremdenfeindlichkeit entgegenzustellen und „dem Hass der Wenigen mit der Solidarität der Vielen zu begegnen“. Heute gebe es „erschreckende Parallelen zu damals“, so Uta Röpcke (Grüne): „Wir haben wieder Krieg in Europa, wir nehmen wieder Flüchtlinge auf“, und „alle zwei Tage wird eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen“.

„Die Angehörigen trauern auch heute noch“

„Auch nach 30 Jahren ist die Trauer und die Wut der Angehörigen deutlich spürbar“, betonte Serpil Midyatli (SPD). Die Wunde sei noch nicht verheilt, und „sie kann auch nicht verheilen, solange Rassismus in Deutschland tötet“.

Bernd Buchholz (FDP) sprach von einem „schwarzen Tag in der Geschichte dieses Bundeslandes“. Er erinnerte an die „bedrückende Stimmung“ im Deutschland der frühen 1990er Jahre, als mit der rechtsextremen DVU „geistige Brandstifter“ im Landtag gesessen hätten.

Lars Harms (SSW) wies darauf hin, dass sich die damaligen polizeilichen Ermittlungen auch gegen die betroffenen Familien gerichtet hätten, obwohl der rechtsextreme Hintergrund der Tat klar gewesen sei. Dies hätten die Opfer als „zweiten Anschlag“ empfunden. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) zeigte sich überzeugt, dass die „überwältigende Mehrheit“ im Lande solidarisch gegen Rassismus und Diskriminierung zusammenstehe. Er unterstrich: „Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen und ihrem Schmerz. Wir können nichts ungeschehen machen, aber wir alle können dazu beitragen, dass sich so etwas nicht wiederholt.“

Mehr zum Thema auf den folgenden Seiten.



Seyran Papo (CDU), Uta Röpcke (Grüne) und Serpil Midyatli (SPD, v.li.) erinnerten am 23. November, dem Jahrestag der Anschläge, an die Ereignisse vor 30 Jahren in Mölln. Die gemeinsame Überzeugung im Landtag: Es habe seitdem vielfältige Anstrengungen im Kampf gegen Rechtsaußen gegeben – in Schulen, Vereinen, Gedenkstätten und durch den Verfassungsschutz. Dennoch sei das Problem drängender denn je. Im Jahr 2022 sei in Deutschland ein Höchststand bei den Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte zu verzeichnen.

Broschüre „30 Jahre Anschlag Mölln“

Zum Jahrestag der Morde von Mölln hat der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt die Broschüre „30 Jahre Anschlag Mölln“ herausgegeben. Die Publikation ist mit Unterstützung des Justizministeriums entstanden. Sie wirft Schlaglichter auf Justiz- und Parlamentsgeschichte, den Aktivismus von Betroffenen und die persönlichen Eindrücke von zugewanderten Schleswig-

Holsteinern, die im November 1992 bereits im Land gelebt haben. Die Broschüre enthält ein Interview mit dem damals zuständigen Staatsanwalt Klaus Pflieger und einen Beitrag von Ibrahim Arslan, einem Überlebenden des Anschlags. Die Publikation steht im Internet:

• www.landtag.ltsh.de/beauftragte/fb/publikationen

Sie kann auch im Büro des Flüchtlingsbeauftragten bestellt werden:

- Tel. 0431/988-1291
- E-Mail: fb@landtag.ltsh.de

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Im November 1992 schockierten zwei Brandanschläge in Schleswig-Holstein die Bundesrepublik.

1992:

Entsetzen nach den Morden von Mölln

Gerade noch rechtzeitig konnte sich Nizam Arslan mit einem Bettuch aus dem Obergeschoss seines Hauses abseilen. In einer Novembernacht im Jahr 1992 hatten zwei Neonazis Molotowcocktails auf das von ihm und seiner Familie bewohnte Haus in Mölln geworfen, woraufhin ein Feuer ausbrach. Drei Personen starben, und viele wurden zum Teil schwer verletzt. Der Vorfall erschütterte nicht nur Schleswig-Holstein, sondern löste bundesweit und auch international eine Welle der Bestürzung, Wut und Anteilnahme aus. Vor 30 Jahren gedachte der Landtag der Opfer des Mordanschlags – des ersten rechtsextremen Anschlags mit Todesfolge im wiedervereinigten Deutschland.

In der Nacht zum 23. November 1992 verübten die Neonazis Lars C. (19) und Michael P. (25) Brandanschläge auf zwei von türkischstämmigen Familien bewohnte Häuser in der Kleinstadt Mölln im Kreis Herzogtum Lauenburg. Die in der rechtsextremen Szene aktiven Männer warfen zuerst in der Ratzeburger Straße Brandsätze auf ein Haus. Zwar konnten sich alle Bewohner vor den Flammen retten, sie erlitten jedoch zum Teil schwere Verletzungen. Danach zogen Lars C. und Michael P. weiter in die Mühlenstraße, zu dem Haus, in dem Nizam Arslan und seine Angehörigen wohnten. Die Familie lebte bereits seit den 1960er Jahren in Schleswig-Holstein.

Nachdem die beiden Neonazis die Brandkörper geworfen hatten, riefen sie anonym bei der Feuerwehr an, um von dem Feuer zu berichten. Am Ende riefen sie jeweils „Heil Hitler!“ ins Telefon. Das Haus in der Mühlenstraße fing derweil an, lichterloh zu brennen. Während sich Nizam Arslan und andere Familienmitglieder – vom Feuer im Schlaf überrascht – retten konnten, schaffte es Bahide Arslan (51) nicht mehr aus dem Haus. Sie wurde aufgrund der Flammen bewusstlos und verbrannte. Zuvor half sie, anderen die Flucht zu ermöglichen. Auch ihre Enkelinnen Yeliz Arslan (10) und Ayse Yilmaz (14) erlagen ihren Verletzungen.

Neun weitere Menschen wurden bei dem Anschlag verletzt, davon fünf schwer.

„Anschläge auf unsere Verfassung“

Die Spuren führten die Ermittler schnell zu den beiden Rechtsextremen. Sie mussten sich am 8. Dezember 1993 wegen dreifachen Mordes sowie versuchten Mordes vor dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht verantworten. Gegen Lars C. wurde eine zehnjährige Haftstrafe nach Jugendstrafrecht verhängt. Michael P. wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Der Anschlag erregte national wie international großes Aufsehen. Kurz nach der Tat fanden bundesweit spontane Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit statt. An der Trauerfeier für die Opfer nahmen am 27. November 1992 in Hamburg mehr als 10.000 Menschen teil. Seitdem werden jährlich Gedenkveranstaltungen von ehrenamtlichen Vereinen und Hinterbliebenen organisiert, um an das Verbrechen zu erinnern. Seit 1997 gibt es im Kieler Stadtteil Gaarden-Ost den Bahide-Arslan-Platz.

Der Mordanschlag von Mölln erschütterte auch die schleswig-holsteinische Landespolitik. „Bahide Arslan, Ayshe Yilmaz und Yeliz Arslan sind tot. Sie wurden ermordet. Wir denken an diese drei Menschen, deren Leben ein schreckliches Ende fand. Wir trauern mit ihren Familien und ihren Freunden.“ So leitete Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave die Sitzung des Landtages am 27. November 1992 ein. Der Anschlag sei eine „Mahnung an uns alle, der menschenverachtenden und menschenvernichtenden Gewalt Einheitsgebieten“, fuhr sie fort.

Es folgte eine Debatte um einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, FDP und SSW. Der Antrag verurteilte den



Das vom Feuer zerstörte Haus in der Möllner Mühlenstraße am 23. November 1992.



CDU-Fraktionschef Ottfried Hennig und Parlamentspräsidentin Ute Erdsiek-Rave zeigten sich im Landtag erschüttert von Ereignissen in Mölln.

Brandanschlag scharf und forderte zu mehr Engagement für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus auf: „Die Reaktion auf diesen Anschlag darf sich allerdings nicht nur in Bestürzung äußern. Alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind daher aufgerufen, aktiv für den Erhalt unseres demokratischen Gemeinwesens einzutreten, sich gegen Ausländerfeindlichkeit und terroristischen Fremdenhaß einzusetzen und jeder weiteren Ausweitung der Gewalt und des Terrors mit Entschiedenheit und gewaltlos entgegenzutreten“, heißt es in dem Papier. Der Antrag benannte die Gewalttaten deutlich als „Anschläge auf unsere Verfassung und auf die demokratischen Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft“.

„Sie stiften zu noch Schlimmerem an!“

Nicht alle Fraktionen schlossen sich dem Dringlichkeitsantrag an. Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU), die zwischen 1992 und 1996 im Schleswig-Holsteinischen Landtag saß, reichte einen eigenen Antrag ein. Darin verurteilte die DVU zwar die Anschläge, aber relativierte zugleich die fremdenfeindliche Motivation der Täter, indem sie auch auf inländerfeindliche Gewalt verwies. Um solchen Gewalttaten vorzubeugen, sei die „Todesstrafe für Kindermörder und heimtückische terroristische Mörder“ einzuführen.

In der anschließenden Aussprache entbrannte eine hitzige Diskussion über die Rolle der DVU und der rechtsextremen Szene im Land. „Hören Sie auf zu hetzen! Sie haben schon genug Geister gerufen, die kaum noch

zurückzuholen sind. Ihre Worte stiften Unheil. Ja, Sie stiften zu noch Schlimmerem an“, rief Ute Erdsiek-Rave, jetzt als Rednerin ihrer SPD-Fraktion, in Richtung der DVU. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Ottfried Hennig war überzeugt, dass „eine Welle der Empörung, ein millionenfacher Aufschrei des Protests durch unser Land gehen“ müsse. Seiner Ansicht nach waren die Täter Teil einer „kleinen, verwirrten Schar von Verbrechern, mit denen die ganz große und überwältigende Mehrheit der Deutschen nichts, aber auch gar nichts gemeinsam“ habe. Er betonte: „Deutsche Patrioten kennen keinen Ausländerhass.“ Hennig verurteilte ebenfalls die DVU, deren Äußerungen die Abgeordneten „seit Monaten hier im Landtag von Rechtsaußen ertragen“ müssten.

Die DVU versuchte sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen. In seinem Redebeitrag sah sich der Fraktionsvorsitzende Ingo Stawitz als Opfer einer Kampagne. Immer wieder von den Abgeordneten der anderen Fraktionen unterbrochen, sprach er von „Altparteien“, die „bestimmte Gruppierungen in diesem Lande“ gegen die DVU aufhetzen würden.

Für die FDP verurteilte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki den Anschlag und bekräftigte an die DVU gewandt, dass diese eine „Politik der Ausgrenzung und der Schuldzuweisung“ betreibe. Weiter unterstrich er: „Wann immer in diesem Lande Menschen wegen ihrer Herkunft angegriffen werden, wann immer in diesem Lande Asylbewerberunterkünfte in Flammen stehen, mache ich jene wie Sie und Ihresgleichen, die kaum verhüllte Brandreden halten, mitverantwortlich.

Sie sind die psychischen Beihelfer jener Täter.“ Karl Otto Meyer vom SSW gab der DVU eine Mitschuld an dem Verbrechen. Die Partei nutze das Parlament als Bühne, um fortwährend Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Für Meyer waren sie „Wegbreiter für das“ gewesen, „was geschehen ist“ – „die geistigen Urheber oder die Schreibtischtäter“.

„Die Zukunft gehört der Menschlichkeit“

Zuletzt sprach Ministerpräsident Björn Engholm (SPD). Er forderte, es müsse „Schluss sein mit Gewalt gegen Menschen auf unseren Straßen“. Außerdem machte er deutlich: „Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, Menschen anderer Konfessionen, insbesondere jüdischen Glaubens, alle Menschen, die bei uns leben, müssen hier ohne Furcht leben können.“ Er sei sicher, dass es trotz des Anschlages „in Deutschland keine breit angelegte Zustimmung zur Gewalt“ gebe.

Die Nachwirkungen des Mordanschlages von Mölln halten immer noch an. Die Überlebenden erlitten physische wie seelische Verletzungen, die bis heute fortbestehen. Zeitlos bleibt dabei die Aufforderung von Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave (SPD): „Es ist also an der Zeit, dass wir als Verfassungspatrioten der Menschenwürde verpflichtet, dass wir in diesem Parlament, dass die Gesellschaft ihre Parteien und Gruppen, ihre Vereine und Verbände, dass jeder und jede an dieser Zukunft der Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit mitwirken. Nie wieder Barbarei!“

Adrian Jansen

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Bürgerbegehren: Schwarz-Grün will die Möglichkeit einschränken, über Bürgerbegehren in die Kommunalpolitik einzugreifen. Nach öffentlicher Kritik fallen die Einschnitte in die direkte Demokratie allerdings nicht so stark aus wie ursprünglich vorgesehen. Ziel der Koalition ist es, Baugenehmigungen für zentrale Infrastrukturprojekte wie Schulen, Krankenhäuser, Wohnhäuser oder Windräder zu beschleunigen. Es gehe um „mehr Dynamik hin zum klimaneutralen Industrieland“, so CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Von der Opposition kam erneut scharfe Kritik. Der Gesetzentwurf von CDU und Grünen wird nun im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten.

Demnach sollen zum Beispiel keine Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen mehr erlaubt sein, deren Aufstellungsbeschlüsse in der Kommunalvertretung eine Zweidrittel-Mehrheit hatten. Erneute Begehren gegen ein Vorhaben werden erst nach drei Jahren möglich. Bürgerbegehren gegen einen Beschluss der Kommunalvertretung sollen künftig binnen drei Monaten folgen müssen. Derzeit gibt es keine Frist.

Die Neuregelung sei „maßvoll und mit Fingerspitzengefühl“ erarbeitet worden, so Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Je schneller Entscheidungen vor Ort „ohne die Unsicherheit eines Bürgerbegehrens“ gelten könnten, desto schneller herrsche Rechtsfrieden. Lasse Petersdotter (Grüne) bezeichnete diese Regelung als „Teil eines Kompromisses“. Grundsätzlich seien Bürgerbegehren ein wichtiges Instrument und könnten als „Notbremse“ gegen Irrtümer der gewählten Vertreter dienen. Kai Dolgner (SPD) wandte sich gegen den Eindruck, Bürgerbegehren behinderten kommunale Entscheidungen: „Durchschnittlich hat man alle 40 Jahre ein Bürgerbegehren in einer Gemeinde.“

Die Koalition will zudem die Quoren für Bürgerbegehren anheben. So müssen derzeit in Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern mindestens neun Prozent der Bevölkerung zustimmen, damit ein Bürgerentscheid abgehalten wird. Dieser Wert soll auf zehn Prozent steigen. Bei Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern steigt das Quorum von vier auf fünf Prozent. Ein Bürgerentscheid ist nach aktuellem Recht in einer Kommunen unter 20.000 Einwohnern erfolgreich, wenn eine Mehrheit zustimmt und wenn diese Mehrheit 18 Prozent der Bevölkerung entspricht. Dieser Wert soll auf 20 Prozent steigen. In größeren Städten über 150.000 Bewohner soll die Anforderung von acht auf zehn Prozent der Bevölkerung wachsen.

Siehe auch Landtagszeitschrift 03/22.

Fraktionsgrößen: Außerdem ist vorgesehen, dass in Kreistagen und in Gemeindevertretungen mit mindestens 31 Mitgliedern – das sind in der Regel Orte mit mehr als 25.000 Einwohnern – die Mindestgröße von Fraktionen von zwei auf drei Mitglieder angehoben werden kann. Damit sollen die Kommunen selbst gegen eine vielerorts beklagte Zersplitterung der Gremien vorgehen können, falls sie dies für nötig halten.

Häufig würden kommunalpolitische Entscheidungen „gelähmt“, wenn zu viele Kleingruppen mitreden wollten, so Tobias Koch (CDU). Dies schade dem Funktionieren der Demokratie und schrecke potenzielle Ehrenamtler von der Mitarbeit in der Kommunalpolitik ab. Der Lasse Petersdotter (Grüne) verwies auf „Sitzungsdauern von sieben oder mehr Stunden“. Bernd Buchholz (FDP) sprach hingegen erneut von einem „Anschlag auf die Demokratie“, wenn Gemeindevertreter „erster und zweiter Klasse“ geschaffen würden. Und Lars Harms (SSW) argwöhnte, große Fraktionen

könnten künftig ihre „ungeliebte Konkurrenz“ an den Rand drängen. Er schloss einen Gang vors Landesverfassungsgericht nicht aus, falls das Gesetz in dieser Form beschlossen werde. Das Gesetz soll nach Plänen der Koalition bis zur Kommunalwahl am 14. Mai nächsten Jahres in Kraft treten. **Siehe auch Landtagszeitschrift 03/22.**

Kommunalhaushalte: Das Land soll den Kommunen dabei helfen, ihre geplanten Investitionen umzusetzen. Dieses Ziel hat ein Antrag von CDU, Grünen und SPD, der Mitte Dezember in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wurde. Die Gemeinden sollen demnach in der Lage sein, mindestens 60 Prozent der veranschlagten Summen in einem Haushaltsjahr auch tatsächlich auszugeben. Dies falle oft schwer, etwa wenn beauftragte Unternehmen Lieferengpässe hätten, wenn Ausschreibungen lange dauerten, oder wenn beantragte Fördermittel nicht fließen, heißt es in dem Antrag. Das Problem: Wird die 60-Prozent-Marke nicht erreicht, schreitet die Kommunalaufsicht ein. Um dies zu verhindern, soll das Land gemeinsam mit der Kommunalaufsicht und den kommunalen Spitzenverbänden Hilfs- und Beratungsangebote entwickeln.

Hundesteuer: Die FDP ist Ende November mit ihrem Vorstoß, den ersten Hund aus einem Tierheim dauerhaft von der Hundesteuer zu befreien, auf ein geteiltes Echo gestoßen. Während die Liberalen in der Ersten Lesung ihres Gesetzentwurfes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes die Vorteile sowohl für Halter und Tierheime als auch für die Kommunen hervorhoben, sahen Landesregierung, CDU und Grüne keinen Handlungsbedarf. SPD und SSW setzten auf die weiteren Beratungen im Umwelt- und Agrarausschuss, im Finanz- sowie im Innen- und Rechtsausschuss.

Bürgerpreise für 2022 verliehen

Moore, Klimawald und demokratische Jugendarbeit

Unter dem Motto „Unser Klima, unsere Umwelt, unsere Zukunft“ haben der Landtag und die schleswig-holsteinischen Sparkassen Mitte November in Büdelsdorf zum 19. Mal den Bürgerpreis vergeben, mit dem alljährlich vorbildliche ehrenamtliche Initiativen ausgezeichnet werden.

Erste Preise vergab die Jury diesmal an das Unabhängige Kuratorium Landschaft Schleswig-Holstein und an die Waldjugend Nord. Der Demokratiepreis ging an den Verband der politischen Jugend. „Mit Hochachtung“ überreichten Landtagspräsidentin Kristina Herbst und der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Oliver Stolz, die Bürgerpreise. „Der heutige Abend steht im Zeichen des Ehrenamts, das tagtäglich von unglaublich vielen Menschen in Schleswig-Holstein praktiziert wird und das unser Land so sehr positiv prägt“, betonte die Parlamentspräsidentin.

Der Bürgerpreis 2022 zeige eindrücklich, wie viele und vielfältige Projekte es auch im Bereich des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes gibt, sagte Herbst: „Dieses Engagement lässt uns für unsere Zukunft hoffen und ist damit mehr als preiswürdig.“ Sparkassenchef Stolz unterstrich: „Freiwillig Engagierte ergreifen die



Das Unabhängige Kuratorium Landschaft Schleswig-Holstein aus Schwentinental errang in der Kategorie Alltagshelden den ersten Preis für seinen fast 50-jährigen Einsatz im Naturschutz, insbesondere für die Moore. Ziel ist es, eine höchstmögliche botanische und zoologische Biodiversität zu schaffen.

Initiative und packen die Dinge an, die ihnen am Herzen liegen. Damit übernehmen sie überall Verantwortung für ihr Lebensumfeld.“

Das Preisgeld betrug 12.500 Euro. Die Gewinner erhielten jeweils 3.000 Euro. An die weiteren sieben Nominierten gingen jeweils

500 Euro. Darüber hinaus wurde von allen Nominierten und Preisträgern ein Filmportrait gedreht.

Die Clips sind auf der Seite des Sparkassenverbandes zu sehen: www.sgvsh.de unter der Rubrik „Engagement“.



Die Waldjugend Nord aus Ostenfeld bei Husum errang den Preis in der Kategorie U27 mit der Errichtung und Pflege eines Klimawaldes in ihrer Gemeinde. Die Jugendlichen kümmern sich um die Bepflanzung und Pflege des Klimawaldes, und sie informieren über den Lebensraum Wald.



Mit dem Demokratiepreis wurde der Verband politischer Jugend Schleswig-Holstein (VPJ) ausgezeichnet. Die Mitglieder aus verschiedenen demokratischen Jugendorganisationen kämpfen für ein gemeinsames Ziel: eine selbstbewusste, engagierte demokratische Jugend.



Juri Andruchowytch im Landtag: Der Schriftsteller, geboren 1960 in westukrainischen Iwano-Frankiwsk, hat im Lemberg Journalistik studiert und veröffentlicht seit den 1980er-Jahren Lyrik, Essays und Romane. Sein Werk erscheint in 20 Sprachen. Zudem übersetzt Andruchowytch Texte aus dem Deutschen, Polnischen, Russischen und Englischen ins Ukrainische. Er wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung und der Goethe-Medaille. Er ist Vizepräsident des Ukrainischen Schriftstellerverbandes.

Juri Andruchowytch im Landtag Mit Literatur gegen die „planmäßige Vernichtung“

Optimismus trotz der russischen Gewalt und eine europäische Perspektive für die Ukraine: Diese Grundstimmung herrschte Anfangs November bei der Lesung des ukrainischen Autors Juri Andruchowytch im Landeshaus. Der Schriftsteller las vor rund 180 Gästen im Schleswig-Holstein-Saal aus seinem neuen Roman „Radio Nacht“ und sprach auch über Russlands Angriffskrieg und dessen Folgen für die Ukraine, Europa und die Welt.

In seinem Werk beschäftigt sich der Autor mit der ukrainischen Gesellschaft und dem Spannungsfeld der Ukraine zwischen Russland und Europa. Satirisch, schwarzhumorig und oft surrealistisch greift er aktuelle Probleme und politische Fragen von globaler Tragweite auf. Der kürzlich auf Deutsch erschienene Roman „Radio Nacht“ wurde bereits vor zwei Jahren in der Ukraine veröffentlicht und ist von erschreckender Aktualität: Er malt das Bild einer von Russland überfallenen Ukraine, von Imperialismus, Besetzung und Krieg. Aber er erzählt auf fantastisch-groteske Weise und mit den Mitteln der Literatur und der Musik auch von Freiheit und Widerstand im Geiste des Individualismus und der Kunst.

Andruchowytch las zunächst aus „Radio Nacht“ und sprach dann mit Moderator Ralf Rose, Landesgeschäftsführer der Europa-Union, über seinen Roman. Anschließend diskutierte er mit dem Publikum über die aktuelle politische Lage in seinem Land, für die er klare Worte fand: „Die Menschen, ihre Körper, die Natur, die Infrastruktur – alles wird von dem russischen Aggressor planmäßig vernichtet. Das ist das, was wir zurzeit erleben.“ Auf die Frage, ob er abschätzen könne, wie der Krieg in der Ukraine ausgehe, antwortete der Autor, er wolle eigentlich keine optimistische Prognose abgeben, da er abergläubisch sei. „Aber ich weiß,

dass die Prognose nur optimistisch sein darf. Es gibt keine andere Variante. Es gibt nur die Variante für unser Leben, für unsere Zukunft. Und das bedeutet: ein Sieg in dem vom ukrainischen Volk geleisteten Widerstand.“ Für diesen sei Wolodymyr Selenskyj der beste Präsident für die Ukraine, befand Andruchowytch. Sei er gegenüber dem früheren Schauspieler vor dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 noch kritisch gewesen, sehe er seitdem einen wahrhaftigen, mutigen Staatsmann, der die Menschen mit seinen Reden ermutige.

Mit seiner schriftstellerischen Arbeit gelinge es Andruchowytch, vor dem Hintergrund der ukrainischen Geschichte die europäische und die globale Menschheitsgeschichte sichtbar zu machen, betonte Landtagspräsidentin Kristina Herbst zum Beginn der Veranstaltung. Zugleich formuliere der Schriftsteller einen Handlungsauftrag: „Die Werte, für die die Menschen in der Ukraine jetzt gerade kämpfen, teilen alle Menschen in Europa. Gerade das macht die Ukraine zu einem Teil Europas und gerade das erfordert unsere Solidarität, unsere Anteilnahme und Unterstützung.“

Zu der Lesung in der Reihe „Politischen Literatur im Landtag“ hatte das Parlament gemeinsam mit der Europa-Union Schleswig-Holstein eingeladen. Deren Kieler Kreisvorsitzender



Der 2020 erschienene Roman „Radio Nacht“ handelt von dem Pianisten Josip Rotsky, der für den Diktator seines Landes spielen muss, zum Attentäter wird und der sich nach der Haft in die heimatlichen Karpaten zurückzieht. Dort trachten ihm Geheimdienstler und andere Finsterlinge nach dem Leben - und er ist erneut auf der Flucht.

Wilfried Saust gratulierte Andruchowytch zur Verleihung des Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf, mit dem der Autor Ende des Jahres ausgezeichnet wird. Er würdigte Andruchowytch als „einen ausgewiesenen Europäer, dessen Vorstellungen wir gerne verwirklicht sehen würden“.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

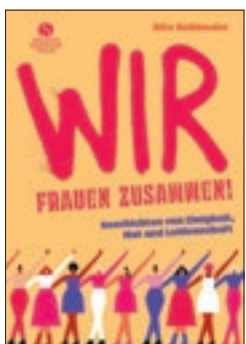
Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Lozo, Ignaz: Gorbatschow. Der Weltveränderer. Darmstadt: wbg Theiss, 2021. – 400 S. -Illustrationen.

Glasnost und Perestroika sind untrennbar mit seinem Namen verbunden, ebenso wie das Ende des Kalten Krieges: Der sowjetische beziehungsweise russische Politiker Michail Gorbatschow gilt als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Der Filmemacher und Historiker Ignaz Lozo legt mit diesem Buch ein sehr persönliches Porträt vor, das insbesondere Gorbatschows Beziehung zu Deutschland und seine Bedeutung für die Wiedervereinigung in den Blick nimmt. Das Werk erschien 2021 zu Gorbatschows 90. Geburtstag. Am 30. August 2022 ist der Friedensnobelpreisträger verstorben.



Kohlmaier, Rita: WIR Frauen zusammen! Geschichten von Einigkeit, Mut und Leidenschaft. München: Sandmann, 2022. – 151 S. – zahlr. Illustrationen

Mädchen und Frauen führen rund um den Globus Proteste an und kämpfen für das Klima, für gerechtere Bezahlung, für gleiche Chancen, für Frieden, für eine Kirche ohne Repressionen und gegen Sexismus. Die Journalistin Rita Kohlmaier stellt Ikonen heutiger und vergangener Zeiten vor, vom Kampf der Suffragetten für das Frauenwahlrecht bis zu #MeToo, von den „Frauen für den Frieden“ in der DDR bis zur amerikanischen Soulband The Supremes. Es sind Geschichten von Mut, Solidarität und großer Leidenschaft.



Schönberger, Christoph: Auf der Bank. Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments. München: Beck, 2022. 282 S. - Illustrationen

In seiner Studie über die Regierungsbank präsentiert der Kölner Staatsrechtler Christoph Schönberger eine ebenso ungewöhnliche wie erhellende Perspektive auf die zentrale Institution unserer Demokratie. Er untersucht, wie in verschiedenen Ländern parlamentarische Plenarsäle ihre Regierung in Szene setzen und so jeweils ein eigenes Verständnis von Demokratie ausdrücken. Mal sind die Regierungsvertreter in die vorderen Abgeordnetenreihen integriert, wie in Großbritannien und Frankreich, mal sind sie von den Parlamentariern abgesondert, wie in Deutschland, mal sind sie ganz aus dem Plenarsaal verbannt, wie in den USA.

Neues Buch zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein

„Die Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus“: So lautet der Titel eines neuen Fachbuches, das Prof. Uwe Danker und Prof. Astrid Schwabe von der Europa-Universität Flensburg verfasst haben. Damit auch Schülern dieses Kapitel der Geschichte nähergebracht werden kann, ist mit Fördermitteln der Sparkassen eine Sonderauflage von 8.000 Exemplaren gedruckt worden. Die ersten beiden Klassensätze haben Landtagspräsidentin Kristina Herbst und Sparkassen-Präsident Oliver Stolz Mitte November in der Gebrüder-Humboldt-Schule in Wedel überreicht. „In dem Buch nehmen wir vor allem ganz normale Menschen und ihre Handlungsweisen in den Blick“, so Prof. Danker.

Bestellbar ist das Buch über den Buchhandel (ISBN 978-3-96717-007-8) oder direkt über den Husum-Verlag.

Impressum

Herausgeber:

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Christian Lipovsek, Janine Wergin, Holger Stöhrmann, Frank Peter, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Peter Kirchhoff/pixelio.de, gnbuer/pixelio.de, Jannis Möller, Bundeswehr/Marcel Kröncke, Suhrkamp-Verlag, Verlag C.H. Beck, Verlag WBG Theiss, Elisabeth-Sandmann-Verlag, Shutterstock Avocado_studio

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639. Fax 0431/988-1119, bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Dezember 2022

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Lösung des Quiz auf Seite 22: **NOVELLE**

Die Zitate des Jahres 2022: Zeus, Elefanten, Kopfschmerztabletten und der FC Liverpool

„Wenn die Mehrheit entscheidet, dass Zeus die Blitze schleudert, dann bauen wir Zeus-Altäre und keine Blitzableiter – selbst wenn ich persönlich es für falsch halten würde –, denn sonst wäre unsere Demokratie am Ende. (...) Nun gut, vielleicht würde ich in diesem Fall noch für eine Intensivierung des Physik-Unterrichts plädieren, aber das steht auf einem anderen Blatt.“

(Kai Dolgner, SPD, am 25. November in der Debatte über kommunale Bürgerbegehren)

„Ich selbst bin eine Lehrkraft, die dieses Jahr noch mit einem Overhead-Projektor in einer 7. Klasse stand und Deutschunterricht gegeben hat. Das ist eine Zumutung für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrkräfte. Jedem, der das nicht nachvollziehen kann, dem kann ich empfehlen, sich einmal vor ein sehr helles Licht zu stellen und zu versuchen, in die Tiefen der deutschen Grammatik einzutauchen und dabei die ganze Klasse im Blick zu behalten.“

(Malte Krüger, Grüne, am 24. November über Digitalisierung in der Schule)

„Jamaika hat ja einen ganz tollen Namen gehabt – ich bin ein Sonnenfreund. Schwarz-Grün hört sich nicht ganz so prickelnd an. Aber selbst da hilft die Opposition. Wir haben einen Namen, nämlich Gelb-Rot-Blau. Was gibt es da? Die Nordfrieslandopposition!“

(Lars Harms, SSW, am 30. Juni in der Debatte über den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen)



Lars Harms (SSW) schaut nach Nordfriesland.

„Alle, die mich kennen, wissen, wo ich herkomme. Jetzt weiß ich, dass ich teilweise in Niederungen unterwegs war.“

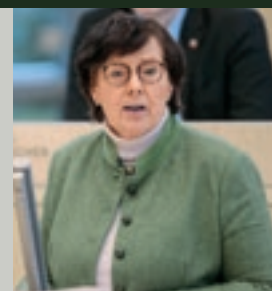
(Heiner Rickers, CDU, aus Oeschenbüttel, Kreis Steinburg, am 26. Januar zum Regierungsbericht über die schleswig-holsteinischen Niederungen)

„Gefühlt ist es ein Stück weit so, als würden wir in einem Zug sitzen, nach vorne schauen und erkennen, dass da vorne die Schiene aufhört, und diskutieren, ob unsere Fahrkarte nicht preiswerter sein sollte. (...) Stellen Sie sich vor, wir verkaufen Kinotickets und haben gar kein Kino!“

(Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen, parteilos, am 28. September in der Debatte über eine Nachfolgelösung für das Neun-Euro-Ticket)

„Das Ziel lautet, nicht nur die rechtliche, sondern auch die tatsächliche Gleichstellung von Frauen zu erreichen. Denn die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen – und die andere Hälfte wäre ohne sie nicht auf der Welt.“

(Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack, CDU, am 25. März in der Debatte über die unterschiedlichen Gehälter von Männern und Frauen)



Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) schaut auf die Biologie.

„Natürlich sind auch beim Wandern, beim Reiten, beim Surfen und beim Radfahren Regeln einzuhalten. Aber die Koalition tut mit solchen Anträgen so, als seien irgendwie die Menschenmassen marodierend durch die Naturschutzgebiete gelatscht.“

(Oliver Kumbartzky, FDP, am 28. September über den Antrag von CDU und Grünen zum Freizeitverhalten während der Corona-Pandemie)

„Ich betone, dass dieses Amt nicht dem lebensältesten, sondern dem dienstältesten Abgeordneten zufällt. Vielen Dank für die vielen aufmunternden Worte in den letzten Tagen dazu.“

(Alterspräsident Peter Lehnert, CDU, am 7. Juni bei der Eröffnung des neugewählten Landtages)

„Es ist jedem selbst überlassen, ob er sich neben toten Schafen fotografieren lässt und das dann medienwirksam präsentiert, keine Frage. Andere posten auch Lammkoteletts.“

(Sandra Redmann, SPD, am 30. September in der Debatte über Schäden durch Wölfe)

„Erst einmal finde ich es schon witzig, dass Sie es kritisieren, wenn ich mich bei Ihnen bedanke. Ich dachte, das wäre netter Stil. Aber okay! Werde ich nicht wieder tun, es tut mir leid. Sorry, dass ich nett zur SPD war!“

(Eka von Kalben, Grüne, am 25. November in der Debatte über Bevölkerungsschutz)



Eka von Kalben (Grüne) schaut in Richtung SPD.

„Mit den Europa-Verhandlungen ist es wie mit dem Liebesspiel der Elefanten. Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf – und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt.“

(Marc Timmer, SPD, zitiert am 24. November den ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt in der Debatte über Ostseepolitik)



Marc Timmer (SPD) schaut ins Tierreich.

„Wir erwarten von der Bundesregierung das Signal, dass sie dem Ernst der Lage entsprechend handelt, dass der Kanzler bei ‚You’ll never walk alone‘ wirklich an die hart arbeitende Mitte denkt und nicht nur an den FC Liverpool.“

(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, am 31. August, über Entlastungsankündigungen von Kanzler Scholz und das Motto des englischen Fußballclubs, „Du wirst deinen Weg niemals alleine gehen“)

„Heute ist der Tankrabatt ausgelaufen. Heute ist das Neun-Euro-Ticket ausgelaufen. Ich finde, da kommt dem neuen Spruch des Bundeskanzlers ‚You’ll never walk alone‘ eine ganz neue Bedeutung zu: Wir werden uns bei dieser Bundesregierung tatsächlich auf das Laufen einstellen müssen.“

(Lukas Kilian, CDU, am 1. September)

„Unsere Aufgabe ist es, Probleme zu lösen. Das tun Sie nicht. Probleme schaffen können Sie aber ziemlich gut.“

(Lars Harms, SSW, am 25. November an die Adresse der Koalition beim Thema Fraktionsgröße in Kommunalvertretungen)

„Wir werden Öl auch noch für andere, zum Beispiel stoffliche Dinge, brauchen. Dazu gehören Kopfschmerztabletten für die Enkelkinder. Die werden sie nämlich brauchen, wenn sie merken, welche Folgen unsere Politik hatte.“

(Bernd Voß, Grüne, am 23. März in der Debatte über eine Neuausrichtung der Energiepolitik)

„Eine Schnecke bleibt eine Schnecke, auch wenn man sie digitalisiert.“

(Kai Dolgner, SPD, am 23. Februar zum Digitalisierungsgesetz der Landesregierung)

„Einer, der mich von Anfang an begleitet hat, war Wolfgang Kubicki. Ich werde das nie vergessen, wie wir seit der Zeit, seit über 22 Jahren und bis heute, befreundet sind. Ich habe viel von ihm gelernt – nicht alles, zum Glück, aber vieles.“

(Hans-Jörn Arp, CDU, am 27. April in seiner Abschiedsrede)

„Vor allem aber die vergleichsweise positive Entwicklung in Hamburg ist wirklich bemerkenswert. Ich hätte, ehrlich gesagt, nie gedacht, dass ich das einmal sagen werde. Ich komme ja aus dem Hamburger Umland. Bei uns sind immer diejenigen, die Probleme hatten, nach Hamburg gegangen, um dort ihr Abitur zu machen. Oft hat es auch nicht geholfen.“

(Christopher Vogt, FDP, am 23. November über die Schülerleistungen in Schleswig-Holstein und Hamburg)



Christopher Vogt (FDP) schaut nach Hamburg.

„Ich bin zweifelsfrei sicher, dass Sie ja die Wohnsituation im Land Schleswig-Holstein kennen. Die Menschen haben interessanterweise Möbel an den Wänden stehen.“

(Stephan Holowaty, FDP, am 24. März in der Debatte über den Einbau energiesparender Heizungen)

Die Zahlen der vergangenen Wahlperiode

Der Informations- und Dokumentationsdienst des Landtages hat nachgerechnet und Zahlen zur abgelaufenen Legislaturperiode zusammengetragen, die von Juni 2017 bis Juni 2022 dauerte. Sie ergeben eine Bilanz des „alten“ Landtages.

In **148** Plenarsitzungen wurden **18** Regierungserklärungen abgegeben, **22** Aktuelle Stunden abgehalten und **273** Gesetzentwürfe beraten, von denen **210** beschlossen wurden. Außerdem debattierten die **73** Abgeordneten über **1.270** Anträge, **5** Volksinitiativen und **8** Große Anfragen, und sie stimmten über **65** Wahlvorschläge ab.

In den **3.837** Drucksachen der Wahlperiode ging es außerdem um **1.248** Kleine Anfragen an die Landesregierung, **527** Ausschussberichte und **425** Unterrichtungen der Regierung über anstehende Vorhaben. Die **9**

Fachausschüsse sowie der Untersuchungsausschuss zur sogenannten Rocker-Affäre kamen zu **877** Sitzungen zusammen, behandelten **7.459** Umdrucke und erarbeiteten **59** Entschlüsse für das Landtagsplenum.

Die Kosten des Landtages betragen pro Jahr im Schnitt **34,8** Millionen Euro, das entspricht pro Kopf der Bevölkerung jährlich **11,91** Euro oder monatlich **99** Cent.

79.522 Gäste besuchten im Laufe der Wahlperiode den Landtag. Sie verfolgten die Plenarsitzungen, diskutierten mit Abgeordneten, verfolgten Lesungen und Seminare oder sahen sich eine der **18** Ausstellungen an. Allein am Tag der offenen Tür im Juli 2019 wurden **20.000** Interessierte gezählt.

Das Quiz zum Jahreswechsel

Sieben Begebenheiten zum Übergang vom alten ins neue Jahr: Zu jeder Antwort gehört ein Buchstabe, und die richtigen Buchstaben ergeben das Lösungswort.

1 Im Dezember 1969 beschloss der Landtag eine Gebietsreform, die zum 1. Januar 1970 in Kraft trat. Dabei wurden die Gemeinden Garstedt, Friedrichsgabe, Harksheide und Glashütte zu einer Stadt zusammengefasst. Welche Stadt ist gemeint?

- | | |
|-------------------|---|
| a) Glückstadt | W |
| b) Schwentinental | G |
| c) Niebüll | B |
| d) Norderstedt | N |

2 Feuerwerk und Pulverdampf: Wo gab es laut der Antwort des Umweltministeriums auf eine SSW-Anfrage in der Silvesternacht 2020 die höchste Feinstaubbelastung?



- | | |
|---|---|
| a) In der Oelixer Straße in Itzehoe | U |
| b) In der Bahnhofstraße in Kiel | E |
| c) In der Dr.-Todsens-Straße in Flensburg | A |
| d) In der Moislinger Allee in Lübeck | O |

3 Zum 1. Januar 1984 ging mit Sat.1 der erste private TV-Sender an den Start. Kurz darauf empörte sich die SPD im Landtag darüber, dass ein Sat.1-Moderator die Ankündigung eines Horrorfilms mit einer Werbebotschaft verknüpft hatte. Dies entsprach nicht dem Rundfunkrecht. Wofür wurde geworben?

- | | |
|----------------------|---|
| a) Taschentücher | F |
| b) Zahncreme | V |
| c) Beruhigungsmittel | W |
| d) Fleckentferner | C |

4 Welcher ehemalige Landtagsabgeordnete hat am 1. Januar Geburtstag?

- | | |
|----------------------------------|---|
| a) Trutz Graf Kerssenbrock (CDU) | E |
| b) Henning Höppner (SPD) | H |
| c) Karl-Martin Hentschel (Grüne) | L |
| d) Günther Hildebrand (FDP) | I |

5 Ende Dezember 2000 rief CDU-Oppositionsführer Martin Kayenburg Schleswig-Holsteins Autofahrer auf, „vor dem Jahreswechsel noch einmal voll zu tanken“. Was war der Anlass für diese Anregung?

- | | |
|---|---|
| a) Ein steckengebliebener Öltanker im Suez-Kanal | D |
| b) Die Öko-Steuer der rot-grünen Koalition im Bund | L |
| c) Befürchtete Computerprobleme in der Silvesternacht | S |
| d) Eine angekündigte Preiserhöhung der Ölkonzerne | H |



6 Beim traditionellen Silvester-Empfang der Landespressekonferenz am 31. Dezember 1965 rauchte der Landtagspräsident eine Kreidepfeife (s. Bild). Wer war damals Parlamentsoberhaupt?

- | | |
|---------------------------------|---|
| a) Walther Böttcher | S |
| b) Claus-Joachim von Heydebreck | J |
| c) Paul Rohloff | L |
| d) Helmut Lemke | H |



7 Anfang 1976 forderte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg im Landtag, „dass die Lehren des 3. und 4. Januar niemals vergessen werden, weder in Schleswig-Holstein noch in Bonn“. Worauf bezog sich der Regierungschef?

- | | |
|-------------------------------|---|
| a) Auf eine Schneekatastrophe | O |
| b) Auf eine Sturmflut | E |
| c) Auf einen Stromausfall | U |
| d) Auf ein Schiffsunglück | G |

Auflösung: Seite 19



Die dänische Botschafterin in Deutschland, Susanne Hylde-lund (li.), kam Mitte Oktober zu ihrem Antrittsbesuch in den Landtag. Sie trug sich ins Gästebuch ein, besichtigte den Plenarsaal und führte ein Gespräch mit Landtagspräsidentin Kristina Herbst (re.).



Im Petitionsausschuss ging es Anfang November um den Sportboothafen Lippe an der Hohwacher Bucht. Jachtbesitzer Herbert Schmitz (re.) und Björn Hagge (li.) vom Seenotrettungsboot „Woltera“ forderten Landesgeld, um die versandete Hafeneinfahrt freizuräumen – mit Erfolg, das Innenministerium sagte Hilfe zu.



Anfang November hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst den israelischen Botschafter Prof. Ron Prosor empfangen. Zum Programm im Gästehaus von Landtag und Landesregierung gehörte neben politischen Gesprächen auch der Austausch von Gastgeschenken.

Zu Besuch im Landeshaus



Mitte Dezember haben Vertreter verschiedener Pfadfinderverbände dem Landtag das Friedenslicht aus Bethlehem überbracht. Das Licht wird traditionell in der Geburtsgrötte Jesu entzündet und findet seinen Weg über Wien, wo die Aktion ihren Ursprung hat, nach Schleswig-Holstein, in diesem Jahr bereits zum 28. Mal.



Ende November empfing Landtagspräsidentin Kristina Herbst (re.) Stadtpräsidenten aus den kreisfreien Städten des Landes zum Gespräch in ihrem Büro. Von links: Hans-Werner Tovar (Kiel), Anna-Katharina Schättiger (Neumünster), Hannes Fuhrig (Flensburg).



Termine, Termine, Termine ...

„Gold der Heimat“: Volkskundliches aus Schleswig-Flensburg

Ob Handwerkskunst, Alltagsgegenstände oder alte Maschinen – eine Ausstellung im Landeshaus bietet einen Einblick in die Vielfalt der kleinen Museen in der Region Schleswig-Flensburg. Gezeigt werden ausgewählte Schätze aus den dortigen volkskundlichen Sammlungen. Jeder der 26 Teilnehmer stellt ein Exponat aus seinem Bestand und lädt dazu ein, auf die Suche nach dem „Gold der Heimat“ zu gehen. Der Landtag präsentiert

die Ausstellung gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH). „Gold der Heimat“ ist eine Ausstellung des Projekts „KulturGutHaben“ der Kulturstiftung Schleswig-Flensburg in der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“.

Zu sehen ist die Schau im 1. Stock des Kieler Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70, bis zum 29. Januar, täglich von 10 bis 18 Uhr. Der

Eintritt ist frei, lediglich der Personalausweis ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.



Offene Besucherabende im Landeshaus

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages lädt auch 2023 zum Offenen Besucherabend. An 14 Montagen stehen der Plenarsaal und weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Vier Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr

im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben. Aktuelles unter www.sh-landtag.de

Die Termine:

30. Januar, 27. Februar, 6. März (op Platt), 27. März, 24. April, 22. Mai, 5. Juni (op Platt), 26. Juni, 28. August, 4. September (op Platt), 25. September, 30. Oktober, 27. November, 4. Dezember (op Platt)

Sprechtag der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Winter Außensprechtag. Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 5. Januar: Lübeck
Montag, 16. Januar: Neumünster
Dienstag, 24. Januar: Elmshorn
Donnerstag, 2. Februar: Lübeck
Dienstag, 21. Februar: Heide
Donnerstag, 2. März: Lübeck
Dienstag, 21. März: Heide
Dienstag, 28. März: Schwarzenbek

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Neumünster** im Neuen Rathaus, Großflecken 9, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Elmshorn** in der Kreisverwaltung, Kurt-Wagener-Straße 11, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“